WNZ
08.10.2026

# Bündnis für den Kinderschutz

## Mehr Kindeswohlgefährdungen, überlastete Systeme, fehlende Fachkräfte: Ein neues Aktionsbündnis in Hessen fordert bessere Hilfen für Kinder und Jugendliche.

Von Mia Kleinböhl




(c) VRM GmbH & Co. KG

**Das „Aktionsbündnis Kindeswohl" besteht aus verschiedenen Stiftungen, Unternehmen und Vereinen.** Foto: Mia Kleinböhl

**WIESBADEN.** „Die Lage in der ambulanten und stationären Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist prekär", heißt es vom neu gegründeten Aktionsbündnis Kindeswohl. Darin haben sich 22 Unternehmen, Stiftungen und Vereine aus Hessen zusammengeschlossen. Das Ziel: die Versorgung hilfsbedürftiger Kinder und Jugendlicher zu verbessern.

Laut dem Statistischen Landesamt sind derzeit etwa 95.000 Kinder und Jugendliche auf ambulante oder stationäre Betreuung angewiesen. Im Jahr 2024 wurden mit 6.620 Fällen so viele Kindeswohlgefährdungen wie nie zuvor in Hessen festgestellt, sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Hierzu zählen unter anderem psychische und körperliche Misshandlungen, Vernachlässigung sowie sexuelle Gewalt. Die gestiegenen Fallzahlen seien teilweise auf eine höhere Sensibilisierung zurückzuführen, erklärt Carola Berneiser, Professorin für Familienrecht, Kinder- und Jugendhilferecht und Kinderschutz an der Frankfurt University of Applied Sciences. „Die Leute sind aufmerksamer geworden, das ist sicherlich ein Resultat des Bundeskinderschutzgesetzes."

### Komplexe Problemlagen und Fachkräftemangel

Gleichzeitig verweist sie auf zunehmende Belastungen in Familien. „Die Lebenssituation vieler Familien hat sich verschlechtert, besonders die Zahl der Vernachlässigungen zeigt das", sagt Berneiser. Armut und wirtschaftlicher Druck setzten viele Familien unter erheblichen Stress. Genau hier sieht sie ein zentrales Problem: „Eigentlich ist das Rechtssystem gut ausgestattet, aber bei einer passgenauen Hilfe scheitert es oft an der Umsetzung. Die finanziellen Aspekte verdrängen die eigentlichen Bedarfe."

An diesem Punkt setzt das Aktionsbündnis an. Immer komplexere Problemlagen träfen auf überlastete Jugendämter, Jugendhilfeeinrichtungen und einen zunehmenden Fachkräftemangel, sagt Klaus Friedrich, Geschäftsführer der EVIM Wiesbaden und einer der Bündnissprecher. Das Bündnis will auf die Situation aufmerksam machen und sich für bessere Rahmenbedingungen einsetzen. „Kinder haben keine gute Lobby, sie brauchen unsere Unterstützung", betont Felix Blaser, Vorstand der Stiftung Arnsburg und ebenfalls Sprecher des Bündnisses.

Gemeinsam mit Interessenvertretungen junger Menschen hat das Bündnis fünf Forderungen entwickelt. „Gemeinsame Verantwortung für das Kindeswohl in Hessen" lautet die erste. Öffentliche und freie Träger sollten die Hilfen zur Erziehung enger abstimmen, dafür brauche es verbindliche Qualitätsstandards. Zudem fordert das Bündnis bessere Bedingungen in stationären Wohngruppen. Dort sollen während der Kernarbeitszeiten grundsätzlich zwei pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sind passgenaue Hilfen zur Erziehung. Nach Ansicht des Bündnisses braucht es dafür landesweit einheitliche Regelungen. Wenn eine Stelle nicht genau passe, blieben Kinder dort oft nicht lange, es ergebe sich ein Drehtüreffekt, sagt Christian Scharfe, Fachreferent für das Albert-Schweitzer-Kinderdorf Hessen e.V. und Bündnissprecher. Kinder und Jugendliche sollten möglichst früh die Unterstützung erhalten, die ihren Bedürfnissen entspricht. Dazu gehöre eine stärkere Einbindung der Eltern bei der Auswahl geeigneter Hilfen.

### Forderung von landesweit verbindlichen Standards

Auch für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe fordert das Bündnis landesweite Standards. Die Unterstützung müsse unabhängig vom Wohnort vergleichbar sein. „Bei Beträgen für die Kinder- und Jugendhilfe darf es keine Kürzungen geben", sagt Klaus Friedrich. Derzeit unterschieden sich Leistungen und Zugänge je nach Kommune. Das müsse man unabhängig von der kommunalen Haushaltslage vereinheitlichen.

Eine solche Rahmenvereinbarung brauche es aus seiner Sicht nicht, sagt Michael Hofmeister (CDU), Referatsleiter und zuständig für Kinder- und Jugendhilfe vom hessischen Städtetag. Die Aussage, dass die kommunale Haushaltslage darüber entscheide, welche Hilfen ein Kind erhalte, sei nicht gänzlich zutreffend. Vielmehr sei der Fachkräftemangel ein wesentlicher Grund für Einschränkungen. Zugleich kritisiert Hofmeister, Bund und Länder hätten die gesetzlichen Anforderungen in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet, ohne die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen. Für Hofmeister ist „die Belastungsgrenze seit Langem überschritten".

Konkrete Zielmarken oder Fristen für die Umsetzung seiner Forderungen nennt das Aktionsbündnis bislang nicht. Man habe politische Akteure bereits informiert, weitere Gespräche sollen folgen. Das Bündnis ist nach Schleswig-Holstein das zweite seiner Art deutschlandweit.